
Detlef Hensche, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Industriegewerkschaft Druck und Papier

Gegenüber früheren DGB-Bundeskongressen fällt schon bei erster Betrachtung auf, daß dieses Mal eine sehr ausführliche Debatte über die Geschäftsberichte stattfand; sie dauerte einen ganzen Tag. Versucht man, die Schwerpunkte dieser Diskussion zusammenzufassen, so schälen sich im Grunde zwei Kritikpunkte heraus, die sich wie ein roter Faden durch die Aussprache zogen.

Erstens ging es um die „Neue Heimat“ einschließlich der persönlichen Verstrickungen einzelner Vorstandsmitglieder des DGB in Berliner Abschreibungsgesellschaften. Zum zweiten stand die Politik des DGB auf dem Prüfstand, und zwar in gleicher Weise in Fragen der Wirtschaftspolitik, des Beschäftigungsprogramms, des Widerstands gegen Sozialabbau wie in der Friedensfrage.

Entgegen manchen Erwartungen von Journalisten überwog die Diskussion zum zweiten Fragenkomplex. Die erwartete oder gar herbeigeschriebene innere Zerfleischung blieb aus; und dies war gut so. Damit soll nichts unter den Teppich gekehrt werden, was sich an Mißständen in der „Neuen Heimat“ angesammelt hat. Es ist umgekehrt zu erwarten, daß die Untersuchungsberichte alsbald der Mitgliedschaft zugänglich gemacht werden und daß sich eine Debatte über die Kontrolle der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen anschließt.

Versucht man, zu dem politischen Teil der Aussprache über die Geschäftsberichte eine Summe zu ziehen, so muß man feststellen: Es überwog die Kritik. Verbreiteter Tenor war: Wir können nicht nur schöne Programme verabschieden; wir müssen etwas tun, um sie auch durchzusetzen. Zum Beispiel: Wir können nicht dabei stehen bleiben, unsere alten und richtigen Forderungen zu veröffentlichen und sie vielleicht in Spitzengesprächen mit den Parteien, den Bundestagsfraktionen, der Bundesregierung und Bundesbank an den Mann zu bringen („Winterreise“, wie es der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder bezeichnete). Vielmehr müssen wir uns auf unsere eigene Kraft besinnen. Die richtige Einsicht wird sich nicht von selbst durchsetzen. Vielmehr prallen im Grunde gegensätzliche Interessen aufeinander - und dies ist keine Frage der besseren Argumente, sondern der Durchsetzung der eigenen Interessen. Und ohne Entwicklung eigener gewerkschaftlicher Kraft werden wir unsere Interessen nicht durchsetzen.

In diesem Sinne wurde gefragt, was der DGB unternommen habe, um die einschneidenden Sparmaßnahmen zu Lasten des Sozialhaushalts in der „Operation '82“ zu verhindern. Oder: Was ist zu tun, um das vom DGB geforderte Beschäftigungsprogramm durchzusetzen? Presseerklärungen und Konferenzen reichen sicherlich nicht aus. Auf das Beispiel der Stuttgarter Großdemonstration mit 70.000 Beteiligten im November des vergangenen Jahres wurde mehrfach hingewiesen.

Es wurde des weiteren kritisiert, daß die Gewerkschaften auf der einen Seite von Anbeginn für den Frieden kämpfen - daß wir aber im Grunde abseits von der gegenwärtigen Friedensbewegung stehen. Ja, wie ist es mit dem eigenen Anspruch der Gewerkschaften zu vereinbaren, wenn sich die Gewerk-

schaftsjugend z.B. an der Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 nicht offiziell beteiligen durfte? Zusammengefaßt: Es reicht nicht aus, so wurde mehrfach hervorgehoben, „den Mund zu spitzen, man muß auch pfeifen.“

In der Tat, dies sind die entscheidenden Fragen, wenn es um die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften geht. Daß sie im Vordergrund der Aussprache standen, signalisiert die Stimmung und Erwartung zahlreicher Mitglieder und Funktionäre in den Betrieben. Und daß sie im Vordergrund stehen müssen, zeigt ein Blick auf die wirtschaftlichen, technologischen und politischen Entwicklungstendenzen. Wenn es nicht gelingt, so wurde mehrfach hervorgehoben, die Angriffe auf den sozialen Besitzstand abzuwehren, werden sich Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Einkommensverluste in den nächsten Jahren noch verschärfen. Denn: Von selbst werden sich die Zeiten nicht zum besseren wenden, weder ökonomisch noch politisch.

Aus der Antragsberatung möchte ich zwei Schwerpunkte hervorheben: Der eine betrifft die Tarifpolitik. Mittlerweile hat sich die Einsicht verbreitet, und zwar nicht nur in den Reihen unserer Gewerkschaft, daß wir in Tariffragen mit dem Rücken zur Wand stehen. Wir müssen erleben, daß die Unternehmer zentralisiert und untereinander abgestimmt in jede Tarifrunde gehen. Dies zeigt sich nicht allein am sog. Tabukatalog, der bestimmte Schwerpunktforderungen der Gewerkschaften unter Tarifboykott zu stellen versucht. Vielmehr zeigt sich das bereits in der jährlichen Lohn- und Gehaltsrunde. Wenn wir uns als Gewerkschaften dagegen wehren wollen, so reicht die Kraft der Einzelgewerkschaft nicht mehr aus. Klassisches Beispiel dafür ist in meinen Augen der Mißerfolg beim Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Selbst die größte Gewerkschaft, die IG Metall, hat dies, auf sich allein gestellt, in der Stahlindustrie nicht geschafft. Wenige Monate später mußte auch die IG Druck und Papier ähnliche Erfahrungen machen.

Ein anderes Beispiel liegt in der Tatsache, daß alle Gewerkschaften in diesem Jahr zum zweiten Male Lohn- und Gehaltsverluste hinnehmen müssen, da die Tarifabschlüsse des Frühjahrs 1981 sowie 1982 jeweils noch unter der Preissteigerungsrate lagen. Dies hat, weiß Gott, nichts mit tarifpolitischer Vernunft und „Augenmaß“ zu tun. Daß es uns nicht gelungen ist, den Lebensstandard zu halten, ist keine Frage der wirtschaftspolitischen Einsicht, sondern eine Machtfrage. Es ist uns nicht gelungen, die gewerkschaftliche Macht so zu bündeln, daß wir erfolgreich waren. Sicherlich ist die vielbeschworene bessere koordinierende Tarifpolitik keine Zauberformel, die uns über Nacht von allen Schwierigkeiten befreit. Doch notwendig, so wurde von vielen Diskussionsrednern erklärt, ist folgendes:

- Soweit es um mittelfristige Tarifziele geht, müssen sich die Gewerkschaften auf diese Forderung verständigen, um zu verhindern, daß wir gegeneinander ausgespielt werden.

- Zum zweiten müssen sich die Gewerkschaften abstimmen, wer in welchem Wirtschaftszweig die Vorreiterrolle übernimmt, dann allerdings auch mit allen Konsequenzen und mit der Unterstützung aller. Mit anderen Worten: Es kann nicht angehen, daß eine Gewerkschaft die Kastanien aus dem Feuer holt - und die anderen stehen abseits und gucken zu, als gehe sie das alles gar nichts an. Diese Erkenntnis gilt im Grunde auch für die jährlichen Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen. Die Zentralisierung auf der anderen Seite, Empfehlungen von Bundesbank, Wissenschaftlern und Bundesregierung sowie die Begleitung durch die veröffentlichte Meinung führen doch dazu, daß die ersten Verhandlungen in größeren Wirtschaftszweigen zu *den* Tarifverhandlungen des Jahres hochstilisiert werden mit der Folge, daß die ersten Abschlüsse als sog. Pilotabschlüsse allen anderen Wirtschaftszweigen übergestülpt werden. Wenn das so ist, reicht Wehklagen nicht aus. Ich könnte mir vorstellen, daß begleitende Kampfmaßnahmen anderer Gewerkschaften zum gleichen Zeitpunkt unsere Verhandlungsmacht stärken, mit der Folge besserer Tarifabschlüsse.

Ein zweiter Schwerpunkt der Antragsberatung war die Sicherung des Friedens. Im Grunde ging es dabei um die Kernfrage, wie der DGB zum sog. Nachrüstungsbeschluß der Nato steht. Nehmen wir ihn hin - so der von der Antragskommission zunächst zur Annahme empfohlene Leitantrag des Bundesvorstandes. Oder halten wir ihn für eine Fehlentwicklung - so der Antrag der IG Metall.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die unterschiedlichen Standpunkte auf dem Bundeskongreß angesprochen wurden. Dies war gut so.

Der letztlich zustande gekommene Kompromiß wendet sich im Ergebnis gegen die Nachrüstung, „es darf keine weiteren Mittelstreckenwaffen in Europa geben.“ Allerdings ist offen, ob der Nachrüstungsbeschluß als Fehler heute schon bekämpft werden soll, oder ob man zunächst einmal auf die Genfer Verhandlungen setzt.

Auch wenn damit der Nachrüstungs*beschluß* nicht verurteilt wurde, so ist dies gegenüber der bisherigen Haltung des DGB zu dieser umstrittenen politischen Frage ein Fortschritt.

Sowohl in der Antragsberatung als auch in der Debatte über den Geschäftsbericht hat sich ein weiteres gezeigt: Die Kritik an der Bundesregierung hat zu-

genommen. Es entsprach einer breiteren Stimmung unter den Delegierten, daß wir uns nicht ohne weiteres darauf verlassen können, die sozialliberale Koalition werde es schon richten, ohne daß es auch im Verhältnis zur gegenwärtigen Bundesregierung des gewerkschaftlichen Drucks bedarf. Die größere Distanz zur Bundesregierung läßt sich auch am Atmosphärischen festmachen: Ich kann mich lebhaft daran erinnern, daß die Delegierten des letzten Bundeskongresses vor 4 Jahren den Bundeskanzler stehend mit Ovationen begrüßt haben. Demgegenüber war die Reaktion der Delegierten auf dem diesjährigen Kongreß wesentlich unterkühlter und zurückhaltender.

Bei alledem sollten wir uns darüber im klaren sein, daß allein Diskussionsbeiträge und Beschlüsse von Bundeskongressen die Welt noch nicht verändern. Es wird u.a. vom neugewählten Bundesvorstand abhängen, was er aus den Signalen dieses Bundeskongresses macht.

Doch auch hier ist Nüchternheit am Platze. Entgegen der von zahlreichen Journalisten hochgespielten Personenfrage dürfen wir nicht vergessen: Der DGB ist so gut und so stark, wie die 17 Gewerkschaften ihn machen. Bei allem Respekt vor den neuen Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, namentlich vor Ernst Breit, müssen wir festhalten, daß der Kurs des DGB nicht auf zwei Schultern ruht; da müssen schon die Gewerkschaften mitziehen.

Ich hoffe daher, daß die Delegierten, die hier kritisch geredet und Beifall gespendet haben, mit der gleichen Haltung in ihre Gewerkschaften zurückkehren. So sehe ich auch den Auftrag dieses Bundeskongresses. Um es mit einem Zitat von Heinz Oskar Vetter auszudrücken: Es gilt, sich auf die eigene Kraft zu besinnen.